https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/4136

Gen-ethischer Informationsdienst

Corona

Gesundheitspolitische Perspektiven auf die Zeit des Lockdowns

AutorIn
Taleo Stüwe



Foto: Adam Niescioruk / Unsplash

Die Auswirkungen der Coronapandemie demaskieren viele Schwachstellen des deutschen Gesundheitssystems. Schon vorher dagewesene soziale Ungleichheiten und strukturelle Diskriminierungen gewinnen durch die Coronakrise an Intensität und Sichtbarkeit.

Wir befassen uns in diesem Schwerpunkt mit Gesundheitspolitik – wieder einmal. Wir knüpfen also an, an das Titelthema der vorletzten GID-Ausgabe „Gesundheit in der Krise“, diesmal allerdings im Kontext der

Coronapandemie. Die Akutphase der Pandemie scheint überstanden, sodass wir einen ersten Blick zurück auf die Wochen des Lockdowns werfen können. Welche (gesundheits-)politischen Herausforderungen brachte der Ausbruch der Pandemie in Deutschland mit sich und wie wurde ihnen bisher begegnet?

Hierbei kann aufgrund der Ausmaße und des Andauerns der Coronakrise nur auf einige ausgewählte Aspekte eingegangen werden. Weitere Auswirkungen und Entwicklungen der Pandemie werden uns sicher noch länger und auch in zukünftigen Ausgaben beschäftigen.

Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens, Personalmangel und harte Arbeitsbedingungen im Krankenhaus – diese Themen bekamen in den letzten Monaten mehr mediale und politische Aufmerksamkeit denn je. Im ersten Artikel greift die Medizinsoziologin **Nadja Rakowitz** die Kritik an der Ökonomisierung des Gesundheitssystems auf und zeigt wie durch die Coronapandemie Nachteile für Patient*innen sichtbar werden, die schon lange vorher bestanden – in einem profit- und nicht patient*innen- und gemeinwohlorientierten Gesundheitssystem. Im Namen des Bündnisses Krankenhaus statt Fabrik fordert sie gesellschaftliche und solidarische Lösungen für eine adäquate Gesundheitsversorgung für alle Menschen – in Zeiten der Coronapandemie und darüber hinaus.

Für viele Menschen mit Beeinträchtigung verstärkten sich die Ungleichbehandlungen durch die Pandemie. Die Veröffentlichung der klinisch-ethischen Triage-Empfehlungen der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) sorgte für große Kritik seitens behindertenpolitischer Akteur*innen. Die zentralen Kritikpunkte aus einer Stellungnahme des Forums behinderter Jurist*innen (FbJJ) bündelt **Arne Frankenstein**, Landesbehindertenbeauftragter Bremens, in seinem Artikel und plädiert für gleichberechtigte Chancen auf eine medizinische Behandlung, auch im Fall einer pandemiebedingten Überforderung des Gesundheitssystems.

Das Verschieben elektiver Eingriffe war Teil der Präventionsmaßnahmen, die zur Entlastung der Kliniken und Praxen beitragen und ausreichend Betten für Coronapatient*innen bereitstellen sollten. Manche Krankenhäuser boten daraufhin zu Beginn des Lockdowns keine Schwangerschaftsabbrüche mehr an. Im Interview erklärt **Alicia Baier**, Vorstands- und Gründungsmitglied des Vereins Doctors for Choice Germany, warum eine Einordnung von Schwangerschaftsabbrüchen als verschiebbare medizinische Eingriffe hoch problematisch ist und wie die Auswirkungen der Coronapandemie die vielen Hürden verdeutlichen, die es derzeit in Deutschland für ungewollt Schwangere und Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, gibt.

Auf reproduktive Selbstbestimmung als hohes, zu schützendes Gut bezieht sich auch die Vorsitzende des Hebammenverbands Mecklenburg-Vorpommern. Die freiberufliche Hebamme **Kathrin Herold** beschreibt in ihrem Artikel Schwierigkeiten in der Schwangerschaftsbegleitung und Geburtshilfe während der Lockdown-Phase.

Im letzten Artikel des Schwerpunktes analysieren die Soziolog*innen **Andrea zur Nieden, Felix Fink** und **Isabel Schön** das bisherige staatliche Handeln in der Pandemie aus gesellschaftstheoretischer Perspektive. Sie zeigen die rassistischen Grenzen der Solidarität auf, die im Kontext der deutschen Biopolitik zur Bewältigung der Coronakrise nach außen, aber auch innerhalb des Landes gezogen wurden.

Auch über diesen Schwerpunkt hinaus werden wir die politischen Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wissenschaft und die Gesellschaft beobachten, kritisch begleiten und darüber berichten.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 254 vom August 2020
Seite 6